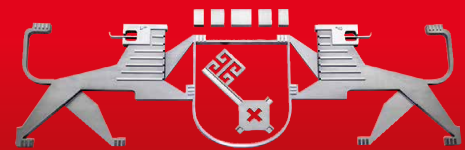


PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 17. NOVEMBER 2022



BÜRGERGELD-ABLEHNUNG: PFEIFFER KRITISIERT CDU SCHARF

In der vergangenen Woche hat der Bundestag das Bürgergeld beschlossen – „eine der größten Sozialreformen der vergangenen 20 Jahre, mit dem die Bundesregierung neue Wege beschreiten und Fehlentwicklungen im Hartz-IV-System beheben will“, wie die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birgitt Pfeiffer, betonte. Doch das Gesetz scheiterte im Bundesrat am Widerstand der CDU. Deswegen hatte die SPD-Fraktion heute eine Aktuelle Stunde beantragt – und in der Debatte ging Pfeiffer mit CDU und CSU hart ins Gericht. „Es geht der Union nicht um die Sache, es geht ihr nicht um die Menschen oder um Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit. Nein, es geht ihr einzig und allein darum, der Regierung Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Friedrich Merz macht die Blutgrätsche, einfach, weil er es kann!“

„Bürgergeld, das heißt: Wir setzen auf mehr Vertrauen, und stellen nicht die Sanktion, sondern die Kooperation in den Vordergrund. Wir stellen Qualifizierungs- und Unterstützungsangebote in den Mittelpunkt, denn in Zeiten des Arbeitskräftemangels wäre alles andere verantwortungslos. Und wir erkennen Lebensleistung an und geben eine Karenzzeit für Vermögen und Wohnraum, denn wer plötzlich auf Hilfe angewiesen ist, der soll nicht sofort alles verlieren, was er oder sie sich über viele Jahre erarbeitet hat“, führte Pfeiffer zu Beginn ihrer Rede aus. „Das Bürgergeld ist damit die logische Weiterentwicklung eines Systems, das in seiner jetzigen Ausgestaltung aus der Zeit gefallen ist. Die Welt hat sich seit 2005 weitergedreht. Hartz IV ist nicht mehr zeitgemäß. Und es ist wichtig zu betonen: Zusammen mit der Anhebung des Regelsatzes und den neuen Möglichkeiten der Qualifizierung profitieren vom Bürgergeldgesetz über 90.000 Menschen in Bremen und Bremerhaven!“

Anders als SPD, Grüne, FDP und Linke schienen die Unionsparteien diesen Handlungsdruck gleichwohl nicht erkannt zu haben. Und es sei schwer, die Haltung nachzuvollziehen. So habe die Union wochenlang betont, dass, wer arbeitet, mehr haben müsse als der, der nicht arbeitet. Doch sei keinesfalls Vernunft eingekehrt – durch den Einsatz für einen angemessenen

Mindestlohn. „Natürlich war das anders gemeint: Wer wenig verdient, der soll auch in Zukunft wenig verdienen. Und wer keinen Job hat, dem soll es dann bitte noch schlechter gehen. Das nennt die CDU dann gerecht“, kritisierte Pfeiffer und fügte an: „CDU und CSU haben über Wochen lauthals verbreitet, dass sich Arbeit mit Bürgergeld nicht mehr lohne. Über Wochen wurde am rechten Rand gefischt, indem man das Bürgergeld als Einladung für vermeintliche Sozialtouristen brandmarken wollte. Und dann: stimmt man zwar geschlossen gegen das Bürgergeld, aber für die deutliche Anhebung der Regelsätze. Wer soll denn das verstehen?“

Unsäglich nannte Pfeiffer zudem die öffentliche Debatte, die die CDU in den vergangenen Wochen befeuert habe. „Da wurde mit fehlerhaften Rechenbeispielen geringverdienende gegen arbeitslose Menschen ausgespielt. Da wurde suggeriert, die Mehrheit der Leistungsbeziehenden wolle nicht arbeiten. Sie haben aus parteitaktischer Motivation regelrecht eine Kampagne gefahren, die den Sozialneid in unserer Gesellschaft noch befeuert hat. Das war und ist verantwortungslos!“, sagte Pfeiffer. „Sie diffamieren damit Menschen, die sich jeden Tag abrackern und dennoch Leistungen beziehen, weil der Lohn nicht reicht. Sie entwerten Menschen, die sich Tag um Tag um Arbeit bemühen. Sie

demütigen Menschen, die zwischen niedrig bezahlter Arbeit zu miesen Arbeitsbedingungen und Arbeitslosengeld II hin und her pendeln müssen, weil der Arbeitsmarkt sie wieder ausspeit, wenn er sie grad nicht mehr braucht. Und sie verunglimpfen all jene – und das sind viele – die chronisch oder psychisch krank sind, die aufgrund von Kinderbetreuung oder Pflege schwer in den Arbeitsmarkt finden. All jene, die ohne Berufsabschluss derzeit überhaupt keine Chance haben, auf dem Arbeitsmarkt zu landen. Diese Grundhaltung nenne ich sozial ungerecht und unfair!“

„Wer aus dem Oppositionssessel heraus immer wieder versucht die SPD links zu überholen und sich aufspielt als Anwalt der kleinen Leute, der muss auch klar für das Bürgergeld Farbe bekennen“, forderte Pfeiffer, und nahm die Antwort der CDU-Rednerin, die im Verlauf der Debatte die Haltung ihrer Partei verteidigen sollte, kritisch vorweg: „Wenn Sie das nicht tun, dann fällt hier heute Ihre Maske. Dann zeigen Sie hier heute Ihr wahres Gesicht. Dann sehen Menschen in diesem Land für welche Politik Sie stehen: Eine Politik, die den Menschen Faulheit unterstellt und ihnen nicht vertraut. Eine Politik, der es egal ist, ob Menschen ihr Erspartes und ihre Existenz verlieren. Und eine Politik, die offenbar die Zeichen der Zeit nicht sieht, weil sie sie nicht sehen will.“

FRAGESTUNDE

SPIELE ALS KOSTENFALLE FÜR KINDER UND JUGENDLICHE

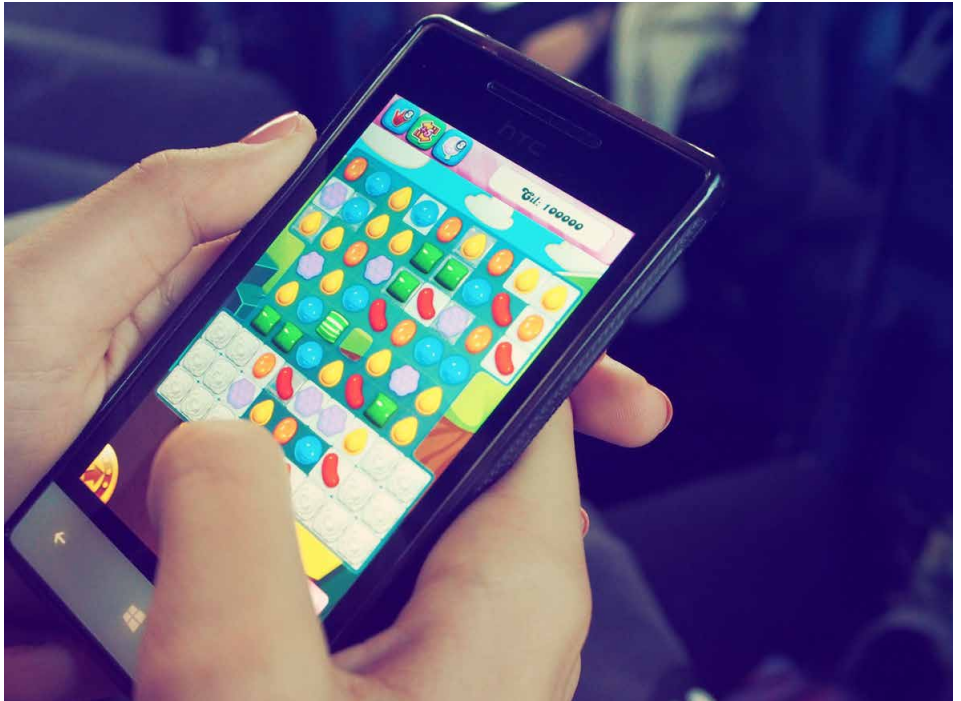
Wie bewertet der Senat die Gefahr, dass Kinder und Jugendliche durch In-App-Käufe und insbesondere sogenannte Loot Boxen in Videospielen in Kostenfallen geraten – zumal Gamingzeiten und Internetnutzung seit der Corona-Pandemie zugenommen haben? Wie bewertet der Senat die Reform des Jugendschutzgesetzes im Jahr 2021 im Hinblick auf den besseren Schutz in diesem Bereich? Und wie bewertet der Senat den Handlungsbedarf, durch eine bremische Initiative auf weitere Maßnahmen hinzuwirken? Das wollte Petra Krümpfer, Sprecherin für Kinder und Jugend der SPD-Fraktion, heute in der Fragestunde wissen.

„Dem Senat sind die Gefahren von In-App/ In-Game-Käufen und speziell durch Loot Boxen in Videospielen für Kinder und Jugendliche bewusst“, antwortete Jugendsektorin Anja Stahmann für den Senat. „Loot Boxen und In-Game-Käufe animieren zu Käufen, Datenpreisgabe, Werbekonsum oder dazu, das Spiel möglichst häufig und lange zu nutzen. Sie stellen für Kinder und Jugendliche eine Kostenfalle dar, weil sie aufgrund ihrer Unerfahrenheit oft nicht in der Lage sind, die Strategien der Anbieter zu durchschauen. Um Kinder und Jugendliche zu schützen, ohne sie in ihren

Teilhaberechten zu beschränken, ist ein Umdenken der Anbieter nötig. Überlegenswert wäre eine Rechtslage, die manipulative Mechanismen bei kinder- und jugendaffinen Games komplett untersagt.“



Petra Krümpfer



Durch die Reform des Jugendschutzgesetzes sehe der Senat den Jugendschutz in wesentlichen Punkten gestärkt. Er sieht „im novellierten Jugendschutzgesetz effektive Möglichkeiten, zusätzliche Schutz- und Präventionsmaßnahmen im Kinder- und Jugendmedienschutz umzusetzen“, so Stahmann weiter. „Einen ersten Evaluationsbericht muss die Bundesregierung zum 1. Mai 2024 vorlegen. Dieser Bericht stellt für den Senat eine fundierte Grundlage dar, um bewerten zu können, wie die neueingeführten Präventions- und Schutzmaßnahmen wirken und ob es darüber hinaus Handlungsbedarfe gibt.“

Auf Nachfrage von Krümpfer räumte Stahmann ein, dass es auch Kritik gebe, weil sich zu wenig verändert habe. Die Diskussion werde sicherlich auch schon vor dem Jahr 2024 weitergehen. Zudem sei die Frage, ob dieses Thema nicht im Medienstaatsvertrag geregelt werden sollte, weil das Problem größer sei und auch Erwachsene, animiert von den Mechanismen der Spiele, nicht merkten, wann sie anfangen, sich zu verschulden. Der dringlichste Handlungsbedarf liege darin, die Eltern über die Spiele zu informieren, so Stahmann auf eine weitere Nachfrage Krümpfers. Auch in den Schulen sollten Kinder und Jugendliche informiert und sensibilisiert werden.

ANFRAGE KLIMASCHUTZMANAGER:INNEN IN BREMEN UND BREMERHAVEN

Inwieweit konnten die Stellen für Klimaschutzmanager:innen besetzt werden und wo sind diese eingesetzt? Welche konkreten Projekte wurden von ihnen bearbeitet und welche sind zukünftig geplant? Das wollte der SPD-Abgeordnete Volker Stahmann heute in der Fragestunde vom Senat wissen.

„Aktuell sind 21 Klimaschutzmanager:innen und Klimaschutzprojektmanager:innen (KSM) an verschiedenen Einsatzorten in der bremischen Verwaltung und in den öffentlichen Einrichtungen tätig bzw. in Vorbereitung“, antwortete Umweltsenatorin Maike Schaefer für den Senat. 13 dieser Stellen seien in verschiedenen Senatsressorts, aber auch bei Immobilien Bremen, verschiedenen Hochschulen, der BSAG und dem

Klimastadtbüro Bremerhaven besetzt. Vier Stellen befänden sich im Besetzungsverfahren und vier weitere in der finalen Phase des Antragsverfahrens für eine Bundesförderung aus der Kommunalrichtlinie.

„Grundlage für die bearbeiteten Projekte der Klimaschutzmanager:innen sind die Klimaschutzkonzepte, die wiederum als integrierte Konzepte oder als Klimaschutzteilkonzepte erarbeitet wurden“, erklärte Schaefer. Als Beispiel nannte sie unter anderem



Volker Stahmann

die integrierten Klimaschutzkonzepte der bremischen Hochschulen, auf deren Basis die Umsetzung der Maßnahmen erfolge – etwa die Optimierung von Heizungs- und Lüftungsanlagen, der hydraulische Abgleich, die Sanierung der Beleuchtungstechnik auf LED, die Installation von Photovoltaikanlagen oder Energiesparkampagnen. „Die Maßnahmen befinden sich überwiegend in der Umsetzung“, sagte Schaefer, die zudem weitere Aufgabenfelder in den senatorischen Behörden aufzählte. Diese Projekte würden fortgeführt und weitere in Angriff genommen. Stahmann bat die Senatorin, in der zuständigen Deputation eine vollständige Liste der Projekte vorzulegen, sodass man sich diese Projekte genauer ansehen könne – was Schaefer gern zusagte.